



Menschen vor Profite!

Gesundheit ist keine Ware – Krankenhäuser in öffentliche Hand

Die Krankenhäuser sind massiv unterfinanziert und personell unterbesetzt, sie werden immer stärker „am Markt“ ausgerichtet.

Wir lehnen Gewinnorientierung, Privatisierungen, Kürzungen und Stellenabbau im Gesundheitsbereich ab. Darum setzen wir uns für eine Übernahme in öffentliche Trägerschaft ein. Die Beschäftigten und die Patient*innen leiden unter der derzeitigen Situation, die Zustände sind zum Teil gesundheitsgefährdend. Der Arbeitskampf an der Charité hat gezeigt, dass eine tariflich geregelte Mindestpersonalbemessung durchsetzbar und sinnvoll ist. Im Landkreis Göttingen setzen wir uns für den Arbeitsplatzertand an den vorhandenen Krankenhäusern ein.

Die Stadt demokratisieren

Fragen, Anregungen und Meinungsäußerungen von Bürgerinitiativen und einzelnen Bürger*innen sollen nicht mehr als Störfaktor oder Sand im Getriebe angesehen werden. Nach dem Motto „Wir wissen schon was für euch gut ist“ oder „Wir sind hier die Fachleute und Entscheider“ werden bisher oft Chancen vertan, weil Kompetenzen und Erfahrungen kundiger Menschen vorschnell beiseite geschoben werden.

Viel zu viele Entscheidungen für unsere Stadt werden immer noch vor der Öffentlichkeit verborgen. Jede Rats- und Ausschusssitzung endet mit einem nicht-öffentlichen Teil mit teils brisanten Beschlüssen. Wir fordern strengere Kriterien für jeden Vorgang, der nicht öffentlich besprochen werden soll.

Rassismus entgegentreten – Antifaschismus stärken

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und DIE LINKE beteiligen sich am gewaltfreien Widerstand gegen die erstarkenden fremdenfeindlichen und nationalistischen Bewegungen im Land. Auch bei uns vor Ort gilt: Keinen Fußbreit den Rassist*innen und Faschist*innen! No pasaran – sie werden nicht durchkommen!

Für eine linke Alternative in Stadt und Kreis Göttingen – gemeinsam sind wir stark!

Wir vertreten in unserer politischen Arbeit die Interessen der großen Zahl von Menschen, die von den Auswirkungen der Profitorientierung in allen Lebensbereichen, vom Abbau öffentlicher Leistungen und des Sozialstaats betroffen sind.

Wir verstehen unsere Arbeit als Unterstützung für alle, die in sozialen Bewegungen, Umwelt-, Kultur- und Bildungsinitiativen, in Gewerkschaften und Verbänden arbeiten. Ihren politischen Anliegen, ihrer fachlichen und politischen Kompetenz wollen wir Gehör verschaffen und ihre Arbeit mit Informationen aus dem Stadt- und Kreisparlament stärken. Wir wollen an der Seite von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner*innen für Verbesserungen in dieser Stadt kämpfen!



WER WIR SIND

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke besteht aus der Partei DIE LINKE, der DKP, der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) und Parteilosen Kandidat*innen. Sie tritt für den Stadtrat und Ortsräte im Stadtgebiet Göttingen an. Für die Kreistagswahl und für Stadt- und Gemeinderäte im Landkreis Göttingen, also auch im bald dazugehörenden Altkreis Osterode, stellt sich der Kreisverband Göttingen/Osterode der Partei DIE LINKE zur Wahl.

MITMACHEN!

Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsnot oder Nahverkehr: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir rufen dazu auf, sich nicht mit den Zuständen abzufinden, sondern sich einzumischen. Wir laden Sie ein, mit uns gemeinsam für eine soziale, transparente und demokratische Kommunalpolitik zu streiten. Dafür bitten wir Sie am 11. September 2016 um Ihre Stimme für die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und DIE LINKE.

Wählen Sie am 11. September

In der Stadt Göttingen:



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

In Kreis und Kommunen:



DIE LINKE.
Göttingen/Osterode

linkes-portal-goe.net



Für Politik
im Interesse der
Mehrheit der Menschen

im Stadtgebiet Göttingen

im Landkreis Göttingen

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

DIE LINKE.
Göttingen/Osterode

Kurzwahlprogramm

Politik für die Mehrheit der Bevölkerung

Wir setzen uns für eine soziale, gerechte Stadt- und Kreispolitik ein. Wir wollen, dass Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben. Wir stellen uns gegen Kürzungen zu Lasten derer, die auf soziale Leistungen und öffentliche Angebote angewiesen sind sowie gegen den Ausverkauf der Stadt an private Investoren.

Menschen vor Profite!

Unsere Ziele zur Kommunalwahl

Wohnen als Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge



Selbst von einem mittleren Einkommen zahlen viele Menschen 30-50% Miete, während sogar Wohnungen leer stehen und der soziale Wohnungsbau nicht in erforderlichem Maß gefördert wird.

Wir wehren uns gegen Spekulation, Privatisierung, den Niedergang des sozialen Wohnungsbaus und weitere Mietpreissteigerungen. In den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet muss der soziale Wohnungsbau verstärkt werden. In den ländlichen Kommunen gibt es Leerstand. Hier sind Verbesserungen beim öffentlichen Nahverkehr nötig.



Schluss mit der kommunalen Abzocke!

Wir wollen nicht, dass die Finanzierung der kommunalen Haushalte durch steigende Gebühren und Abgaben „ausgebessert“ wird. Dies benachteiligt alle Niedrig- und Normalverdiener*innen, weil unabhängig vom Einkommen von allen gleich viel abkassiert wird.

Vom Bund kommt mehr als die Hälfte der Einnahmen. Dieser Betrag muss erhöht werden, indem gezielt die Steuern für Reiche und große Unternehmen wieder angehoben werden. Hier vor Ort kämpfen die Linken dafür, dass Geld für alle notwendigen Ausgaben schon jetzt zur Verfügung gestellt wird. Dafür unterstützen wir auch Proteste der Bürger*innen auf der Straße und im Parlament. Schulden müssen später durch höhere Steuereinnahmen aus der Bundesebene getilgt werden. Es gibt keine Alternative zu einer durchgreifenden Änderung der Steuerpolitik auf Kosten der Reichen und zugunsten der Niedrig- und Normalverdienenden. Kurzfristig lassen sich auch in unserem Landkreis zusätzliche Einnahmen gewinnen: Die Sparkassen müssen einen ordentlichen Anteil an ihrem Gewinn an die öffentlichen Kassen ausschütten. Dies geschieht zunehmend auch in anderen Kommunen im gesamten Bundesgebiet.

Hartz IV ist Armut per Gesetz

Wir sind für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns und die Abschaffung von Hartz VI. Das Arbeitslosengeld II muss von Sanktionen befreit werden. Arbeitsvermittlung zu Hungerlöhnen ist zu beenden.

Wir fordern mehr öffentliche Investitionen in voll tariflich bezahlte Arbeitsplätze. Arbeitskräftemangel herrscht im Sozial- und Gesundheitswesen, sowie in der Altenarbeit. Hier können existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden, auch bei uns vor Ort. Die Repressalien gegen Beziehende*innen von Sozialleistungen müssen abgeschafft werden.

Wir wollen eine echte Sozialcard für alle Menschen mit niedrigem Einkommen. Der Besuch von allen öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen muss frei sein. Dazu gehören Schwimmbäder, Busfahrten, Theaterbesuche. Das ist eine echte Entlastung für den Familienhaushalt.

V.i.S.d.P.: Meike Brunken c/o Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Lange-Geismar-Str. 3, 37073 Göttingen

Für eine soziale & ökologische Verkehrspolitik

Wir möchten eine Verkehrspolitik, durch die jeder und jede mobil sein kann. Dazu brauchen wir einen leistungsstarken und bezahlbaren ÖPNV, der auch Menschen dazu bringt, das Auto möglichst stehen zu lassen. Alle öffentlichen Verkehrsmittel und Haltestellen müssen auch für Menschen mit Behinderungen ohne Hilfe erreichbar sein.

Wir kritisieren, dass das Busliniennetz in Göttingen immer weiter ausgedünnt wird und wollen dichtere und lückenlose Taktzeiten. Auf dem Land darf es keine Orte geben, die am Wochenende nicht erreichbar sind. Hier können auch Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbusse eingesetzt werden. Orte wie Rosdorf und Obernjesa brauchen wieder Bahnhaltdepunkte.

Die Mitnahme von Fahrrädern muss grundsätzlich kostenlos und in Bussen und Bahn müssen ausreichende Stellplätze vorhanden sein. Der Verkehrsverbund Südniedersachsen ist eine der teuersten in der Bundesrepublik. Um ihn attraktiver zu machen, müssen die Preise deutlich gesenkt werden. Ziel ist dabei ein kostenloser ÖPNV. Als Sofortmaßnahme soll ein Sozialticket für Einkommensschwache eingerichtet werden. Der ÖPNV ist eine kommunale Aufgabe. Er muss nicht nur in der Stadt, sondern auch im Landkreis in öffentlicher Hand sein.



Gemeinsam im Kreis Göttingen! Refugees welcome

Menschen fliehen vor Krieg, Armut und Verfolgung auch in den Landkreis Göttingen. Wir wollen ihnen helfen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einzubringen, Kontakte zu knüpfen, eine neue Perspektive zu finden und ihr Leben in Deutschland eigenständig zu gestalten.

Wir halten an der dezentralen und selbstbestimmten Unterbringung in Wohnungen fest und wehren uns gegen die Verlegung in abgelegene Massenunterkünfte wie z.B. die Siekhöhe in Göttingen. Wir sind gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht für alle. Migrant*innen sollen Zugang zu kostenlosen Sprachkursen und einer uneingeschränkten Gesundheitskarte erhalten, eine angeblich schlechte „Bleibeperspektive“ ist keine Ausrede dafür.